

Stadt Haan

Niederschrift über die

9. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 03.11.2016 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:50

Vorsitz

Stv. Michael Ruppert

CDU-Fraktion

AM Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
AM Dr. Hermann Meier
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StOVR Gerhard Titzer
TA Peter Sangermann
GSB Marion Plähn

Personalrat

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Michael Ruppert eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** erläutert, dass ein Antrag der GAL-Fraktion vom 28.10.2016 vorliege den TOP 4 öffentlich zu behandeln. Er schlägt daraufhin vor die TOPs 4 bis 7 aus dem nicht-öffentlichen in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben.

Unter den Ausschussmitgliedern herrscht hierüber einvernehmen.

Die TOPs 4 bis 7 werden öffentlich behandelt, weshalb sich die Reihenfolge der TOPs um zwei Nummern nach vorne verschiebt.

Öffentliche Sitzung

1./ Personalkostenentwicklung der Stadt Haan 3. Quartal 2016 (Stand: 30.09.2016) Vorlage: 10/085/2016

Protokoll:

AM Dr. Gräßler erkundigt sich, nach einer Hochrechnung der Kosten für das 4. Quartal, da die Kosten in der Vorlage nur bis zum 30.09.2016 beziffert sein.

StOVR Titzer verweist darauf, dass eine Hochrechnung für das 4. Quartal schwierig sei, da beispielsweise die Versorgungsaufwendungen und Beihilfen eine unkalkulierbare Größe darstellen und somit nicht genau beziffert werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt die Personalkostenentwicklung des Haushaltsjahres 2016 mit Stand 30. September 2016 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

2./ Einrichtung einer 0,6-Teilzeitstelle im Produkt 050120 – Allgemeine soziale Verwaltung und Beratung - für Seniorenbelange
Vorlage: 10/084/2016

Protokoll:

1. Bgo Formella erklärt, dass nach intensiver Beratung im Sozial- und Integrationsausschuss und in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat eine Eingruppierung der Stelle in EG 10 durchaus gerechtfertigt ist.

Der **Vertreter des Seniorenbeirats Herr Sattler** führt aus, dass solch eine Stelle in Nachbargemeinden durchaus üblich sei. Er verweist auch auf Förderprogramme des Landes für Seniorinnen und Senioren, welche teilweise an der Stadt Haan vorbei liefen, da eine zentrale Stelle für Seniorenbelange nicht vorhanden sei und diese Aufgaben von anderen Stellen nicht intensiv genug behandelt werden können. Dies sei keinesfalls zielführend, da die Stadt Haan einen hohen Anteil an Seniorinnen und Senioren habe. Er weist außerdem darauf hin, dass der Seniorenbeirat bisher auch Aufgaben der Verwaltung wahrnehme. Die Zusammenarbeit zwischen dem Seniorenbeirat und der Verwaltung sei jedoch immer gut gewesen. Einer Eingruppierung der Stelle in EG 10 stimme er aus Sicht des Seniorenbeirates zu.

Stv. Wetterau erläutert, dass eine detailliertere Stellenbeschreibung vorliegen und auch eine Abstimmung mit anderen Stellen geschehen müsse. Dies solle dann in einem Jahr nochmals überprüft werden, sodass die Aufgaben ggf. angepasst werden können.

Stv. Lukat weist drauf hin, dass Stellen nach Wertigkeit geschaffen werden müssen. Sie wünsche sich aus Sicht der WLH-Fraktion daher, eine genauere Aufgliederung weshalb die Stelle in EG 10 eingruppiert werden solle.

StOVR Titzer erklärt, dass die in der Vorlage aufgeführten Aufgaben aus einem Arbeitskatalog des Seniorenbeirates erarbeitet wurden. Anhand dieser stellt er die einzelnen Stellenanteile und die dazu gehörigen Eingruppierungen vor. Als Ergebnis aller Stellenanteile ergebe sich daher eine Eingruppierung der Stelle in EG 10. Weiterhin erklärt er, dass auch im Rahmen der Personalentwicklung die Stelle intern besetzt werden könne.

Bgm Dr Warnecke stellt anschließend die Tischvorlage zur Neuorganisation des Dezernates II zum 01.05.2017 (Anlage 2) vor.

Beschlussvorschlag:

1. Bei Produkt 050120 - Allgemeine soziale Verwaltung und Beratung - wird für Seniorenbelange eine 0,6 Teilzeitstelle (EG 10) mit sofortiger Wirkung eingerichtet.
2. Für die Einrichtung der 0,6 Teilzeitstelle Seniorenbelange wird der bisher nicht genutzte Stellenanteil im Produkt 060330 (Stelle 51/69, Stellenanteil 0,5) sowie ein Stellenanteil von 0,1 der Stelle 51/27 (Seniorenbeirat) auf das Produkt 050120 übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**3./ Wiederbesetzung der Stelle 51/7 / Jugendhilfeplanung (Vollzeitstelle)
- Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre
Vorlage: 10/086/2016**

Protokoll:

1. Bgo Formella verweist auf die Neuorganisation des Dezernates II (Anlage 2) und erläutert, dass die Stelle zukünftig in der Abteilung „51-2 Verwaltung“ angesiedelt sei. Sie führt aus, dass an die bisherige Stelle ein „KU-Vermerk“ gesetzt worden sei, da in der Zwischenzeit viele neue Aufgaben hinzu gekommen seien, weshalb die Stelle einer neuen Stellenbewertung unterzogen werden müsse. Da die Jugendhilfe- und Kindergartenbedarfsplanung ein wesentliches Element der Stelle seien, müsse diese zwingend neu besetzt werden.

Stv. Sack erklärt, dass die bisherige Stelle der Jugendhilfeplanung sich bewährt habe, weshalb er eine Höherbewertung der Stelle für gerechtfertigt halte.

Stv. Wetterau erkundigt sich, weshalb sich die Entgeltordnung zu dieser Stelle verändert habe.

StOVR Titzer erklärt, dass der Anteil der Verwaltungsaufgaben nun über 50% liege, weshalb ein Wechsel der Entgeltordnung zu EG 11 vorgenommen werden müsse.

VA Butz merkt aus Sicht des Personalrates an, dass ihm die angesprochene Neuorganisation des Dezernates II bisher noch nicht vorgelegen habe.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Wiederbesetzung der Stelle 51/7 / Jugendhilfeplanung (EG 11) als Ausnahme zur Wiederbesetzungssperre zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**4./ Wiederbesetzung der Stelle 32/19 (Verkehrsüberwachung) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp
Vorlage: 10/087/2016**

Protokoll:

StOVR Titzer streicht heraus, dass eine Wiederbesetzung der Stelle unbedingt erforderlich sei, da das Amt 32, vor Allem im Bereich der Parkraumüberwachung unterbesetzt sei.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass die Stelle auch in der Komplexität von Veränderungen im Bereich des Ordnungsamtes, vor Allem in Hinblick auf den Rettungsdienstbedarfsplan betrachtet werden müsse. Zudem solle die Stelle nicht nur die Aufgaben der Parkraumüberwachung, sondern alle Außendiensttätigkeiten beinhalten.

Bgm Dr. Warnecke erläutert, dass die Stelle im Wesentlichen die Parkraumüberwachung zur Aufgabe habe und nichts mit dem Rettungsdienstbedarfsplan zu tun habe. Sie erinnert daran, dass es hier lediglich um eine Wiederbesetzung der Stelle gehe, nicht um eine inhaltliche Diskussion über die Aufgabengestaltung der Stelle.

Stv. Stracke schließt sich dieser Aussage an und verweist auf den BVFOA als geeigneteres Gremium für eine inhaltliche Aufgabendiskussion.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Wiederbesetzung der Stelle 32/19 (Stellenanteil 0,6) als Ausnahme zum Wiederbesetzungsstopp zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5./ Stärkung des Amt für Stadtplanung und Bauaufsicht Vorlage: 61/147/2016

Protokoll:

Techn. Bgo Alparslan unterstreicht die Notwendigkeit der zusätzlichen Stelle. Es gäbe derzeit einen Bauboom, die Anforderungen seitens der Gesetzgebung steigen und auch das Innenstadtkonzept stelle eine erhebliche Belastung dar. Dies könne mit dem bisherigen Personal alleine nicht bewältigt werden.

Stv. Lukat erkundigt sich nach der E-Mail, welche Sie an Herrn Sangermann gesendet habe, in der Sie sich nach Kennzahlen und Anzahl der Belastungsanzeigen erkundige.

Techn. Bgo Alparslan erklärt, es habe bisher keine Belastungsanzeigen gegeben. Dies liege allerdings auch an den Mitarbeitern, welche zwar ausgelastet, aber auch persönlich motiviert seien, sodass diese auch in Zeiten der Belastung keine Belastungsanzeigen schreiben würden.

TA Sangermann stimmt der Aussage des Techn. Bgo Alparslan zu und erläutert, dass es für den Bereich der Stelle keine Kennzahlen gäbe. Auch die KGSt und andere Städte würden hier keine Beispiele liefern.

Stv. Stracke erkundigt sich, ob es möglich wäre in absehbarer Zeit an anderen Stellen Einsparungen vorzunehmen, da sich der Beschluss auf eine unbefristete Stelle beziehe.

Techn. Bgo Alparslan verweist drauf, dass die Stelle 61/15 mittelfristig frei werde und man hier einen „kw-Vermerk“ im Stellenplan 2017 anbringen könne.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Stellenplan 2017 eine zusätzliche, unbefristete Stelle eines Sachbearbeiters (Dipl.-Ing. Architektur, Städtebau, Landschaftsplanung - TU/TH/ Master, TVöD 12) im Amt für Stadtplanung, Sachgebiet Stadtplanung und Vermessung, aufzunehmen und diese schnellstmöglich nach Genehmigung des Haushalts 2017 zu besetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Stellenplan 2017 einen „kw-Vermerk“ an der **Stelle 61/15** anzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

AM Dr. Gräßler verweist auf die bevorstehenden Wahlen im nächsten Jahr und erkundigt sich, ob eine Besetzung des Wahlvorsitzes mit Ratsmitgliedern angedacht sei.

Die Anfrage wird zur Beantwortung an das Amt 32 verwiesen.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm Dr. Warnecke verweist auf die ausgeteilten Tischvorlagen (Anlagen 3 und 4) und weist hier explizit auf die vakanten Stellen des Dezernates III. Diese befinden sich derzeit in der erneuten Stellenausschreibung, da aufgrund der schlechten Bewerberlage die Stellen noch nicht wiederbesetzt werden konnten.

STOVR Titzer erläutert hierzu, dass sich auch andere Städte des Kreises Mettmann in der gleichen Problemlage in der Besetzung von Stellen im Ingenieurwesen befänden.

Des Weiteren erläutert er das Anschreiben an die Fraktionen bezüglich der papierlosen Ratsarbeit und bittet erneut, um zeitnahe Rückmeldung der Erhebungsbögen.